

Regierungen versprechen – Kommunen sollen zahlen?

Jahresversammlung mit Neuwahlen beim SPD-Ortsverein

(von Konrad Rothhammer)

Ohne Gegenstimmen wurden am 19.05.2023 die bisherigen Vorstandsmitglieder des Parkstettener SPD Ortsvereins für weitere zwei Jahre gewählt. Die Zahl der Beisitzerinnen und Beisitzer wurde um zwei Personen erhöht. Zu der Versammlung im „Reibersdorfer Hof“ konnte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende und Erste Bürgermeister Martin Panten neben geladenen Gästen aus der Freien Wählergemeinschaft besonders den SPD-Kreisvorsitzenden und Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion, den Zweiten Bürgermeister von Mallersdorf-Pfaffenberg Martin Kreuz begrüßen.

Die fälligen Neuwahlen unter der Leitung von Martin Kreuz brachten folgendes Ergebnis: Wie bisher bleiben Martin Panten und Martin Schießwohl der erste und der zweite Vorsitzende. Kassenverwalter bleibt Uwe Grabner, Schriftführerin Ulrike Fuchs, Organisationsleiter Hans Wassinger. Beisitzer im Vorstand wurden Karin Scheiderer, Lothar Stange, Fritz Zwinger und Arthur Billinger. Zu Kassenprüferinnen wurden Stefanie Baierl und Katrin Panten bestimmt. Der Bericht des Kassenverwalters Uwe Grabner zeigte, dass der Ortsverein nicht vermögend ist, aber gut wirtschaftet. In seinem Rechenschaftsbericht erinnerte Martin Panten an die wegen der Coronapandemie durchgeführten Videokonferenzen und an die vom Ortsverein und Mitgliedern der FWG organisierten Themenveranstaltungen, Familien-Sommerfeste im Sportzentrum und Nikolausfeiern in Reibersdorf, die trotz pandemiebedingter Einschränkungen immer ein gutes Miteinander und große Resonanz auch aus der Bevölkerung gezeigt hätten. Zu Delegierten in die Kreisversammlung wurden Martin Schießwohl, Katrin Panten und Martin Panten gewählt. Ersatzdelegierte sind Hans Wassinger und Ulrike Fuchs. Der Ortsverein wird in der Unterbezirkskonferenz von Katrin Panten und von Martin Schießwohl vertreten. Als Delegierte des Ortsvereins zur bevorstehenden Europakonferenz wurden Martin Schießwohl und Katrin Panten gewählt. Vertreten werden sie von Ulrike Fuchs und Martin Panten.

Enorme Herausforderungen

„Unsere Gemeinde steht vor großen Herausforderungen und wir sind zuversichtlich, dass wir gemeinsam diese gut bewältigen“, sagte der SPD-Ortsvorsitzende und Erste Bürgermeister Martin Panten. Neben den bekannten Problemen wegen des Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden Inflation, bürdeten die Bayerische Staatsregierung und auch die Bundesregierung den Gemeinden und Städten fast schon im Monatsrhythmus neue

Verpflichtungen auf. Als Beispiele nannte Panten den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in Kitas sowie ab 2026 auch in der Grundschule. Für Parkstetten bedeute dies den dringend notwendigen Bau einer zusätzlichen Kindertagesstätte, da die vorhandene, wie auch die Aufsicht im Landratsamt und bei der Regierung feststellt, schon viele Jahre nicht mehr alle Betreuungswünsche bewältigen kann. Das Rathaus muss derzeit an den Brandschutz angepasst, technisch auf die Höhe der Zeit und mit einem Aufzug auch barrierefrei umgebaut werden. Zudem sind die Voraussetzungen für eine voll digitalisierte, serviceorientierte, professionelle Rathausverwaltung zu schaffen. Dazu kämen Forderungen der Staatsregierung nach gut und nachhaltig ausgebauten Straßen, einer noch umweltfreundlicheren Abwasserentsorgung, die Schaffung von bezahlbarem möglichst barrierefreien Wohnraum, den Erhalt von Nahversorgern und so weiter. Zudem komme künftig noch die Schaffung einer Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung auch in der Grundschule dazu. Dies alles gehe einher mit enormen finanziellen Herausforderungen für die Kommunen. Außerdem sollte sich Parkstetten zunächst mit 1,34 Millionen Euro „freiwillig“ am Hochwasserschutz beteiligen. Zwischenzeitlich konnte dies zwar auf rund 875.000 Euro verringert werden, aber dieses Geld könnte die Gemeinde dringend an anderer Stelle für die Bürgerinnen und Bürger brauchen. Die staatliche finanzielle Förderung wird dagegen immer weniger oder sei bei manchen Projekten bereits völlig eingestellt worden. Das dringend benötigte Geld komme nicht, aber die gesetzlichen Verpflichtungen der Kommunen bleiben und werden sogar immer mehr, so Panten.

Martin Kreuz informierte in seiner Eigenschaft als Kreisrat über aktuelle Anliegen im Landkreis. Hier machten besonders die massiv gestiegenen Kosten beim Betrieb der Kreiskliniken in Bogen und Mallersdorf zu schaffen. „Man muss was tun, da sind wir uns alle einig“, sagte er. Da mittlerweile über 90 Prozent der deutschen Kliniken in den „Miesen“ seien, sei eine Gesundheitsreform durch den Bund unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des ländlichen Raums auch deswegen unumgänglich und dringend erforderlich, um den Bestand der Kreiskliniken langfristig zu sichern.